

Haushaltsrede 2024 des CDU-Fraktionsvorsitzenden Marcel Opladen

Hamminkeln, der 02.05.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Romanski,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Rat,
liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hamminkeln,

das SPD-Urgestein Peter Struck hat einmal gesagt: Kein Gesetz kommt so aus dem Bundestag heraus, wie es einbracht worden ist. Für diesen Haushalt gilt das auch. Die Verwaltung hat im Dezember die Erhöhung der Grundsteuer auf 1.050 Punkte vorgeschlagen. Diese Steigerung bedeutet für ein Einfamilienhaus mit Garten eine Steuererhöhung von über 400 Euro pro Jahr. Wie lange sollen sich die Menschen in Hamminkeln das leisten können? Glücklicherweise haben sich alle Fraktionen frühzeitig und klar gegen eine solche - in ihrer Höhe – unfaire und unangemessene Steigerung ausgesprochen.

Dieser Diskussionsprozess hat einige Zeit in Anspruch genommen. Manche hatten Sorge, dass unsere Stadt nicht handlungsfähig wäre, weil es keinen beschlossenen Haushalt gibt. Manches Mal habe ich mich darüber geärgert, dass versucht wurde, den Ehrenamtlichen in der Kommunalpolitik den Schwarzen Peter dafür zuzuschieben. Das ist der Sache nicht förderlich, denn klar ist doch: Hätte es rechtzeitig einen tragfähigen Haushaltsentwurf gegeben, dann hätten wir auch schneller entscheiden können!

Die Lage der öffentlichen Haushalte ist in vielen Kommunen schwierig. Das Grundproblem ist: Gerade die SPD-geführte Bundesregierung bürdet den Kommunen immer neue Lasten auf, ohne für ausreichende Gegenfinanzierung zu sorgen. So belasten die Entlastungspakete des Bundes die nordrhein-westfälischen Kommunen im Jahr 2024 mit mehr als 1,5 Mrd. Euro. Hinzu kommen ggf. weitere Einnahmeausfälle durch das Wachstumschancengesetz. Ein weiteres Beispiel dafür, dass die Bundesregierung hinter ihren Erwartungen bleibt, ist die Flüchtlingspolitik des Bundes. Weder hat die SPD-geführte Bundesregierung bislang wirksame Maßnahmen ergriffen, die die irreguläre Migration beenden, noch hilft die SPD-geführte Bundesregierung den Kommunen mit ausreichenden finanziellen Mitteln, wenigstens die Folgen des von ihr selbst verschuldeten Problems zu beseitigen. Klar ist: Wir werden nie einen Zweifel daran lassen, dass wir als CDU zu unserer humanitären Verantwortung stehen. Das können wir bei Menschen, die vor Krieg und Vertreibung fliehen jedoch nur dann, wenn alle anderen – die jeden guten Grund haben mögen, die am Ende aber keinen Asylgrund haben – nicht mehr kommen. Wenn der Bund schon seiner Aufgabe nicht gerecht wird, irreguläre Migration zu stoppen, dann muss er die Kommunen wenigstens finanziell so ausstatten, dass sie die von ihm verursachten Probleme stemmen können. Aber auch hier: Fehlanzeige! Für die Unterbringung und Versorgung eines geflüchteten Menschen werden ca. 20.000 Euro pro Jahr benötigt, der Bund gibt aber nur 7.500 Euro. Der Kanzler bezeichnete diesen Beschluss als historischen Moment. Wir stellen jedoch fest:

Der Bund lässt die Kommunen im Stich!

Die kommunalen Finanzen sind bereits durch die allgemeine Kostenentwicklung herausgefordert. Weil die SPD-geführte Bundesregierung den Kommunen weitere finanzielle Lasten aufbürdet, ist sie im Ergebnis dafür verantwortlich, dass viele Kommunen in finanzielle Engpässe geraten und sich gezwungen sehen, Steuern und Abgaben zu erhöhen. Gleichzeitig gefährdet der Bund damit wichtige kommunale Investitionen in Klimaschutz, Wärmewende, Wohnungsbau, Schulen und Kitas.

Kommen wir nun zur finanziellen Situation hier vor Ort:

- Über 900 Seiten Haushaltsplan inkl. Anlagen
- Rund 8 Mio. EUR geplantes Defizit für dieses Jahr
- Rund 28 Mio. EUR geplantes Defizit für die Jahre 2024 – 2027

Die Beratung des Haushaltes war auch in diesem Jahr alles andere als vergnügungssteuerpflichtig.

Trotz aller Herausforderungen, die die aktuelle finanzielle Situation in Hamminkeln mit sich bringt, möchte ich es nicht versäumen mich beim Kämmerer und seinem Team, insbesondere bei Frau Kinder, für die geleistete Arbeit zu bedanken.

Verbunden mit der Haushaltseinbringung am 14. Dezember 2023 erhielten wir die erwartete aber dennoch erschreckende Ankündigung, dass die Hebesätze der Steuern in erheblichem Umfang steigen sollten. Allein bei der Grundsteuer B hätte die empfohlene Hebesatzsteigerung zu einer Erhöhung der Steuerlast von rund 60 Prozent geführt. Die Einigkeit aller Fraktionen im Rat war ein starkes Zeichen dafür, dass diese enorme Steigerung den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber nicht verantwortungsvoll gewesen wäre. Speziell waren es die Grünen, die USD und die FDP, die bereits im Januar und Februar öffentlich eine Steuererhöhung abgelehnt haben. Diese Ankündigungen unterstützen wir nach wie vor! Die SPD erklärte damals, sich auf die Größenordnung einer Steuererhöhung noch nicht festgelegt zu haben, jedoch den „Inflationsbereich“ nicht übersteigen zu wollen. Zur Erläuterung: Der Inflationsausgleich würde eine Steigerung der Grundsteuer B von 650 auf 786 Punkte bedeuten. Bei der Gewerbesteuer kann kein Inflationsausgleich stattfinden, da diese ständig inflationsbedingten Einflüssen unterliegt. Dennoch hat die SPD im Januar gefordert, die Gewerbesteuer deutlicher als auf die von der Verwaltung vorgeschlagenen 500 Punkte zu erhöhen. Diese Forderung ist für uns absolut unverständlich und würde langfristig einen enormen Schaden für unsere Stadt bedeuten, wenn die Gewerbetreibenden sich nämlich aufgrund der hohen Steuerlast von uns abwenden.

In der Ratssitzung am 15.02.2024 stellten wir den Antrag, den Haushaltsbeschluss zu verschieben. Leider blieben die erhofften Entlastungsoptionen durch das 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz aus, dennoch hat es sich gezeigt, dass uns diese „Ehrenrunde“ ein Stückchen weitergebracht hat. Ich bedanke mich daher für die große Zustimmung zu unserem Antrag am 15.02.2024. Es konnte in dieser Zeit als erstes gutes Ergebnis erreicht werden, dass eine Steuererhöhung für dieses Jahr verhindert werden konnte. Leider ist dieser faule Kompromiss mit dem Vorratsbeschluss einer Steuererhöhung für 2025 verbunden. Zwar konnte für die Grundsteuer B die geplante Erhöhung von rund 60 Prozent auf rund 30 Prozent reduziert werden, was den von der SPD geforderten Inflationsausgleich jedoch noch immer um 64 Punkte übersteigt, für die Gewerbesteuer ist aber dennoch weiterhin eine Hebesatzsteigerung von 452 auf 500 Punkte geplant. Interessant ist, dass gerade die Fraktionen, die im Januar und Februar als erstes die Ablehnung einer Steuererhöhung erklärten, nun diesem faulen Kompromiss unwiderrprochen ihre Zusage erteilen. Hier wird mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gespielt. Ausreden dahingehend, dass man diesen Vorratsbeschluss zwar fassen, die tatsächliche Erhöhung in 2025 aber dennoch verhindern will, setzen aus unserer Sicht dem faulen Kompromiss die Krone auf und verspielen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger endgültig.

Für die CDU galt von Anfang an: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit! So haben wir die Zeit intensiv genutzt, um unseren Fahrplan festzulegen. Aus diesem Grund haben wir, als wahrscheinlich letzte Fraktion, im März erklärt, die Steuern nicht erhöhen zu wollen. Diese Aussage gilt für die Jahre 2024, 2025 und darüber hinaus. Anders als von SPD, Grünen, USD und FDP behauptet, gab es keinen vorab abgestimmten Beschluss, in dem einer Steuerhöhung zugestimmt wurde. Von uns jedenfalls nicht! Es gab Vorschläge der Verwaltung, die zur weiteren Beratung innerhalb der Fraktionen dienten. Nach langer und intensiver Beratung sind wir zu der Meinung gelangt, dass eine Steuerhöhung uns nur eine kurzfristige Entlastung bieten würde, weil sie das substanzielle Missverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag nicht nachhaltig korrigiert. Das heißt, wenn wir nicht grundlegend etwas an unserer Ausgabenpolitik ändern, wird uns keine Steuererhöhung jemals über lange Zeit weiterhelfen können.

Unsere Botschaft lautet daher:

Wir lassen uns an unseren Aussagen messen!

Wir stehen zu dem, was wir gesagt haben!

Wir lehnen eine Steuererhöhung in diesem Jahr und auch einen Vorratsbeschluss für 2025 ab!

Aus diesem Grund lehnt die CDU den Haushalt 2024, in der hier vorliegenden Form, ab.